



**PARLAMENTARISCHE  
VERSAMMLUNG  
EUROPA-MITTELMEER**



**DRITTE PLENARSITZUNG  
Tunis, 16.-17. März 2007**

**ABSCHLUSSERKLÄRUNG  
DES PRÄSIDIUMS**

DV\666546DE.doc  
Externe Übersetzung

**DE**

**DE**

Dritte Sitzung  
Tunis 16.-17. März 2007

## Abschlussklärung des Präsidiums

Die dritte Sitzung Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) fand am 16. und 17. März 2007 in Tunis auf Einladung der Tunesischen Abgeordnetenversammlung und unter dem Vorsitz von Fouad MEBAZAA, Präsident der Tunesischen Abgeordnetenversammlung und Präsident der PVEM, in Anwesenheit folgender Ehrengäste statt:

- Minister für auswärtige Angelegenheiten der Tunesischen Republik;
- Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten;
- Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland, zuständig für Europa-Angelegenheiten;
- Generalsekretär der Union des Arabischen Maghreb;
- geschäftsführender Direktor der „Anna-Lindh-Europa-Mittelmeer-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen“
- Hauptberater der Europäischen Kommission für regionale Zusammenarbeit

und der Mitglieder der PVEM (Teilnehmerliste in der Anlage).

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) ist der Ansicht, dass die Ergebnisse des Barcelona-Prozesses hinter den vereinbarten Zielen zurückbleiben und weist erneut auf die Verpflichtung der Europa-Mittelmeer-Parlamentarier zur Konkretisierung dieses Prozesses hin.

In diesem Rahmen ging es in den Aussprachen in den Ausschüssen, in der Arbeitsgruppe der PVEM und im Ad-hoc-Ausschuss um die Rechte der Frau in den Mittelmeeranrainerstaaten, sowie während der Plenarsitzung um den Terrorismus, die Lage im Nahen Osten, den Dialog der Kulturen und Religionen, die Migration und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Auf der Grundlage der Debatten und der angenommenen Empfehlungen wird folgende Erklärung abgegeben. Die PVEM:

- bekräftigt erneut, dass der arabisch-israelische Konflikt nur durch eine gerechte, umfassende und dauerhafte Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts sowie des israelisch-libanesischen und des israelisch-syrischen Aspekts beigelegt werden kann und hierzu die Leitlinien der Konferenz von Madrid einschließlich des Grundsatzes „Land für Frieden“ auf

der Grundlage der einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der „Roadmap“ einzuhalten sind;

- ist der Ansicht, dass es die Situation der palästinensischen Bevölkerung erfordert, ihr weiterhin in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft die lebensnotwendige humanitäre Hilfe zu gewähren und die palästinensischen Institutionen zu stärken;

- begrüßt die Verlängerung des Vorläufigen Internationalen Mechanismus (MIT) und fordert die Verstärkung seiner Ressourcen und die Verlängerung der Geltungsdauer für den benötigten Zeitraum;

- verurteilt voller Unverständnis die Inhaftierung von AZIZ DWEIK, Präsident des Palästinensischen Legislativrats, und von Mitgliedern der palästinensischen Regierung und des Palästinensischen Legislativrats und fordert ihre unverzügliche Freilassung;

- verurteilt die Entführung israelischer Soldaten und fordert deren unverzügliche Freilassung sowie die aller palästinensischen politischen Gefangenen, angefangen bei Frauen und Minderjährigen;

- begrüßt die Bildung einer palästinensischen Regierung der nationalen Einheit und ist sich sicher, dass diese sich einem Programm verpflichtet weiß, das die Grundsätze des Nahostquartetts widerspiegelt, hofft, dass diese Vereinbarung den bewaffneten Auseinandersetzungen ein für alle Mal ein Ende zu setzen vermag, und verlangt von beiden Seiten, dass sie ihr Möglichstes tun, um die Gewalt einzudämmen und den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten und auszuweiten; fordert Israel gemäß dem Entscheid des Internationalen Gerichtshofs auf, den Bau der Trennmauer abzubrechen;

- begrüßt die Ergebnisse der internationalen Libanon-Konferenz vom 25. Januar 2007, unterstützt alle Anstrengungen zum Wiederaufbau des Libanon und hebt die positive Rolle hervor, die ein demokratischer und souveräner Libanon bei der Herbeiführung einer Lösung für die Nahostkrise und beim Ausbau der Partnerschaft Europa-Mittelmeer spielen kann;

- vertritt die Ansicht, dass ausnahmslos jeder terroristische Akt unter keinen Umständen zulässig ist und nicht mit der Verfolgung politischer oder religiöser Ziele erklärt werden kann und dass die Bekämpfung des Terrorismus die Stigmatisierung keiner Kultur, Zivilisation und vor allem keiner Religion rechtfertigen kann;

- nimmt das Bestehen von sechzehn internationalen Konventionen und Protokollen zur Terrorbekämpfung zur Kenntnis und ruft alle nicht beigetretenen Staaten zur unverzüglichen Ratifizierung auf;

- ruft zur Abhaltung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO auf, um einen Verhaltenskodex für den Kampf gegen den Terrorismus zu erarbeiten, der einen verantwortungsbewussten Dialog erleichtert mit dem Ziel, einen gemeinsamen Nenner für eine angemessene und ausgewogene Bekämpfung dieses Phänomens zu finden;

- hält es für erforderlich, die Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft bei der Terrorismusbekämpfung zu fördern und seine tieferen Ursachen auf der Grundlage eines umfassenden, von Dialog, Solidarität und Entwicklung geprägten Ansatzes zu beseitigen;

- fordert die Partnerländer und die Institutionen des Barcelona-Prozesses zu engerer Zusammenarbeit auf, um konkrete Lösungen für das Problem der Landminen und Antipersonenlandminen auf dem Territorium mehrerer Staaten der Region wie Ägypten, Jordanien, Libanon, Tunesien und Algerien sowohl auf humanitärer als auch auf wirtschaftlicher und ökologischer Ebene in Angriff zu nehmen;

- ist der Auffassung, dass die Möglichkeit eines realistischen Finanzierungsplans des Kooperationsprogramms geprüft werden müsste und verlangt, dass die Anstrengungen im

Rahmen der zwischenstaatlichen Verhandlungen intensiviert werden, um den Bedürfnissen der von den Land- und Antipersonenminen betroffenen Länder besser Rechnung zu tragen;

- unterstreicht, dass der Kampf für die Beseitigung der Armut durch die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und die Umsetzung der Millenniumserklärung unbedingt im Mittelpunkt aller Europa-Mittelmeer-Politiken und der bilateralen und multilateralen Programme der Entwicklungszusammenarbeit stehen muss und befürwortet die Schaffung eines Europa-Mittelmeer-Solidaritätsfonds, um die Partnerländer bei der Realisierung der Ziele bezüglich der Beseitigung von extremer Armut, Hunger, gefährlicher und übertragbarer Krankheiten sowie bei der Verbesserung der Reproduktivgesundheit und der allgemeinen Durchsetzung der Grundschulausbildung zu unterstützen;

- beglückwünscht die vier Mitgliedstaaten der EU, die gegenwärtig den angestrebten Anteil von 0,7 % am Nationaleinkommen der Entwicklungshilfe widmen und ermutigt die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu weiteren Anstrengungen für ein höheres Niveau ihres Entwicklungshilfebeitrags;

- ermutigt die staatlichen Behörden der Partnerländer, ihre großen Anstrengungen im Bildungsbereich fortzusetzen und fordert die Partnerländer und die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, einen bedeutenden Prozentsatz der öffentlichen Ausgaben für die Volksbildung bereitzustellen und der Bildung der Mädchen besondere Beachtung zu schenken und für die Einhaltung des von der Kommission angekündigten Ziels zu sorgen, den Anteil der Mittel, die im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit für den Bildungssektor bereitgestellt werden, um mindestens 50 % zu erhöhen

- fordert nachdrücklich, dass Umweltfragen auf nationaler und regionaler Ebene ausreichend angesprochen werden, um zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele beizutragen, indem Umwelt und nachhaltige Entwicklung ausdrücklich in die nationalen und regionalen strategischen Dokumente und die verschiedenen Programme der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer einbezogen werden;

- bekräftigt die zentrale Rolle des Mittelmeeres in seiner doppelten Bedeutung als symbolisches, die verschiedenen Völker und Kulturen einendes Element und als zu schützende Umweltressource;

- erwartet von den Regierungen zwingende Maßnahmen für die Bekämpfung solcher ökologischen Bedrohungen wie Wüstenbildung, Trockenheit und Bodenverschmutzung, die aus der Tätigkeit des Menschen resultieren;

- fordert die Mittelmeer-Partnerländer und die Europäische Union zu einer Angleichung ihrer Standpunkte im Rahmen der WTO-Verhandlungen an, in deren Ergebnis eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik des Europa-Mittelmeer-Raums geschaffen werden könnte, die beide Ufer des Mittelmeeres wirklich vereint;

- fordert die Inangriffnahme einer neuen Initiative zwischen den Mitgliedstaaten und deren Europa-Mittelmeer-Partnerländern, die die Umwandlung der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) in eine Europa-Mittelmeer-Investitions- und Entwicklungsbank zum Ziel hat; zu diesem Zweck erneuert sie angesichts der Bedeutung einer solchen Bank für die Stärkung des privaten Sektors und die Entwicklung von Investitionen in der Region ihren Appell zur Erarbeitung von Studien, in denen die Bedingungen für die Umwandlung von FEMIP in eine Europa-Mittelmeer-Entwicklungsbank in Zusammenarbeit mit der EIB untersucht werden;

- hebt den Dialog zwischen den Kulturen, Zivilisationen und Religionen hervor, dem unbedingte Priorität zukommt, die zuvörderst in Richtung einer umfassenderen Kenntnis und Entwicklung der auf Vertrauen und gegenseitiger Zusammenarbeit beruhenden Beziehungen aufzuwerten ist;

- fordert eine führende Rolle der Parlamente der Länder der Europa-Mittelmeerregion bei der konkreten Anwendung des Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, das von der 33. UNESCO-Konferenz im Jahr 2005 angenommen wurde;

- betont, wie wichtig es ist, die Rolle des mediterranen Kulturerbes zu stärken und aufzuwerten, damit es mehr und mehr zu einem Werkzeug des Dialogs und treibende Kraft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für die Länder der Mittelmeerregion wird;

- nimmt mit Befriedigung die Aussage in den jüngsten Dokumenten der Europäischen Kommission zur Kenntnis, dass der interkulturelle Dialog im Interesse der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen zu einer dauerhaften und sichtbaren Priorität der Europäischen Union werden muss;

- erinnert unter erneutem Hinweis auf die wichtigsten Grundsätze des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt der UNESCO aus dem Jahr 1972, das Abkommen für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (14. Mai 1954, Den Haag) wie auch die Beschlüsse des Welterbe-Komitees der UNESCO in seiner Sitzung im Jahr 2006 in Vilnius an die Notwendigkeit, unter uneingeschränkter Achtung der ansässigen Gemeinschaften und des Völkerrechts die auf der Liste des Weltkulturerbes aufgeführten gefährdeten Stätten, die in von andauernden Konflikten betroffenen Gebieten gelegen sind, zu schützen und bezieht sich dabei insbesondere auf die jüngste Entwicklung in der Altstadt von Jerusalem; begrüßt in diesem Zusammenhang den Beschluss des Generaldirektors der UNESCO, Koïchiro Matsuura, eine technische Mission in die Altstadt von Jerusalem zu entsenden, und begrüßt den am 12. März 2007 durch die UNESCO am Ende ihrer Mission erarbeiteten Bericht,

- unterstützt uneingeschränkt die Entwicklung gemeinsamer Studiengänge im Hochschulbereich und anderer noch weiterreichender Kooperationsformen zwischen den Hochschulen als wirkungsvolle Instrumente zur Festigung der gemeinsamen Werte zwischen den Jugendlichen in den Anrainerstaaten des Mittelmeeres, und zwar durch die Schaffung einer Europa-Mittelmeer-Universität;

- vertritt die Auffassung, dass es sich bei der internationalen Migration um ein Schlüsselement des Globalisierungsprozesses handelt und dass diese sowohl im Hinblick auf die Aufnahmeländer als auch auf die Herkunftsländer ein wertvolles Wachstums- und Entwicklungspotenzial aufweist;

- ruft die Parlamente auf, ihre jeweiligen Regierungen zu ersuchen, die internationale Migranten betreffenden Rechtsakte, und insbesondere die im Jahr 1990 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, zu unterzeichnen;

- fordert die Parlamente und Regierungen der Region Europa-Mittelmeer auf, die Förderung der Integration und die Anerkennung der Vielfalt in den Mittelpunkt zu stellen, indem Informations- und Sensibilisierungskampagnen für ein besseres Verständnis von Migration durchgeführt werden, wobei der positive Beitrag der Einwanderer in den aufnehmenden Gesellschaften unterstrichen wird,

- fordert die Parlamente und die Regierungen auf, die Integration von Einwanderinnen voranzutreiben, den Schutz ihrer Rechte sicherzustellen und die umfassende Gleichstellung der Geschlechter als grundlegendes Menschenrecht zu fördern und umzusetzen;

- verlangt eine dringende Verbesserung der Lage der Frau in den Ländern der Mittelmeerregion angesichts der Tatsache, dass diese Rechte Teil der Grundrechte des Menschen sind und dass ihre Wahrung notwendige Voraussetzung für Gleichheit und Demokratie und für die Erreichung der politischen und wirtschaftlichen Ziele des Barcelona-Prozesses auf dem

Wege von Gesetzesänderungen in den Partnerländern ist und fordert einen Aktionsplan zur Beschaffung der finanziellen Mittel, wie es im Aktionsplan der ersten Ministerkonferenz über die Rechte der Frau in den Ländern der Mittelmeerregion vorgesehen ist, die am 14. und 15. November 2006 in Istanbul stattfand.

Die Teilnehmer haben der Tunesischen Republik und der Abgeordnetenkammer ihren aufrichtigen Dank für deren Gastfreundschaft und die ausgezeichnete Organisation der dritten Sitzung der PVEM ausgesprochen. Besonderer Dank gilt Herrn Fouad MEBAZAA, Präsident der PVEM, für seine aufopfernde Tätigkeit während seiner Amtszeit als Präsident;

Die Parlamentarische Versammlung hat den Präsidenten damit beauftragt, diese Erklärung samt Anhängen den Präsidenten der Parlamente und den Regierungen der Mitgliedsländer des Barcelona-Prozesses und allen beteiligten Institutionen zu übermitteln.